

## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)**

Waldshut-Tiengen,  
02. Juni 2014

Beginn der Sitzung: 18:50 Uhr  
Ende der Sitzung: 22:12 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche  
Evangelischer Gemeindesaal Sitzung

Vor Einstieg in die Tagesordnung begrüßt Oberbürgermeister Albers den Förderverein Special Olympics Hochrhein e.V., der 2007 gegründet wurde und mit einer Gruppe junger Sportler anwesend ist, welche erst kürzlich erfolgreich an den Deutschen Meisterschaften in Düsseldorf teilgenommen haben. Die Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH lädt zu einer Schiffsrundfahrt ein und spendiert 500 € in die Vereinskasse. Es wird ein Pressefoto gemacht. Oberbürgermeister Albers legt den Beitritt zum Förderverein nahe.

### **70.**

#### **Rheinschloss Waldshut: Vorstellung der aktualisierten Entwurfsplanung**

Oberbürgermeister Albers begrüßt Architekt Martin Haas vom Architekturbüro Haas-Cook-Zemmrich und den Investor Bruno Stärk. Das Architekturbüro hatte den vom Investor ausgeschriebenene Wettbewerb gewonnen.

Herr Haas stellt mittels einer Präsentation die Entwurfsplanung vor.

Das Gebäude mit acht Geschossen über und vier Geschossen unter Straßenniveau soll im Wesentlichen durch hochwertiges Wohnen sowie auch Gewerbe genutzt werden.

Es solle eine Restaurant-Lounge an der Uferpromenade und eine Schiffsanlegestelle sowie eine Sky-Lounge auf dem Dach des Gebäudes geben. Für die Gastronomiebetriebe müsse man noch Betreiber finden. Von der Rheinpromenade aus gelange man auf einem öffentlichen Fußweg nach oben zum Rheinschloss.

Bezüglich der Verkehrsproblematik arbeite man mit einem Verkehrsplanungsbüro zusammen. Ein- und Ausfahrt seien so positioniert, dass kein Rückstau auf der B34 entstehe. Die Rückstaufläche befinde sich auf dem Gelände des Rheinschlusses. Ebenfalls sei beabsichtigt, ein Linksabbiegen von und zum Rheinschloss nicht zuzulassen. Geparkt werde auf mehreren Etagen. Besucher und Kunden parken ebenerdig. Die Mieter gelangen mit einem Fahrzeuglift zu ihren Stellplätzen in den Untergeschossen. Man spare so den Platz für eine Rampe.

Die vorgestellte Planung findet im Gemeinderat allgemein Zustimmung.

Oberbürgermeister Albers sowie mehrere Stadträte äußern die Wichtigkeit, dass das Grundstück trotz der privatwirtschaftlichen Nutzung möglichst öffentlich bleibe.

Architekt Haas sieht dies gewährleistet. Auch ihm sei dies sehr wichtig. Die öffentliche Nutzung bedeute auch eine Aufwertung des Grundstücks.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, betont, dass es wichtig sei, dass der Rheinuferweg bestehen, und durchgehend öffentlich zugänglich bleibe. Sie möchte dies festgehalten haben.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, erkundigt sich bei Architekt Haas, wie er sich die Verkehrsanbindung vorstelle. Linksabbiegen sei nicht möglich, jedoch auch kein Kreisverkehr in unmittelbarer Nähe.

Martin Haas antwortet, dass man in diesem Fall in der Schmittenau oder an der Brücke Brückenstraße wenden müsse. Diese Situation ergebe sich weltweit in vielen Städten so. Neben der Statik sei die Verkehrsanbindung die größte Herausforderung bei diesem Projekt.

Stadträtin Sylvia Döbele erkundigt sich nach einer Fahrzeugrampe für den Fall, dass der Fahrzeughift ausfallen sollte.

Herr Haas erklärt, dass es Richtlinien für Flucht- und Rettungswege gebe. Die Flucht sei dann jedoch nur zu Fuß möglich. Eine Fahrzeugrampe gebe es aus Platzgründen nicht.

Stadtrat Markus Ebi, CDU-Fraktion, fragt nach der Parksituation für Besucher und möchte wissen, ob die Anzahl der Stellplätze für Besucher und Kunden der gewerblichen Nutzer ausreichen werde.

Herr Haas erläutert, dass man bei der Stellplatzkalkulation aufgrund der gesetzlichen Vorgaben taxiere. Man wolle versuchen, Besuchern eine ebenerdige Parkplatznutzung zu ermöglichen. Die Mieter parken ihre Fahrzeuge in den unteren Parkdecks über einen Fahrzeughift.

Oberbürgermeister Albers formuliert den nachfolgenden Beschlussantrag:

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Planung und erhebt keine Einwendungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

**71.**

**Generalsanierung Stadthalle Waldshut mit Hallenbad und Sauna:  
Bericht aus dem Stadtentwicklungsausschuss**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Martin Gruner informiert anhand einer Präsentation über den Sachstand und die verschiedenen in der Architektengruppe beratenen und in der Sitzungsvorlage dargestellten Einsparvarianten.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, teilt mit, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss intensiv mit dem Entwurf auseinandergesetzt habe und die CDU-Fraktion zu dem Projekt, entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung, stehe.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser äußert für die GRÜNE-Fraktion, dass sie eine Kosten-Kontroll-Berechnung für richtig und wichtig halten. Zusätzlich stellen Sie jedoch die beiden später benannten Anträge

Stadtrat Kurt Benda, CDU-Fraktion, äußert seine persönlichen Bedenken angesichts der gestiegenen und möglicherweise noch weiter steigenden Kosten sowie der gleichzeitig anstehenden Maßnahmen wie dem Brandschutz im Kornhaus, dem Feuerwehrgerätehaus und dem Projekt in der unteren Hauptstraße in Tiengen. Er schätzt dass sich der Kostenrahmen schlussendlich um die 30 Mio. € bewegen werde und äußert die Idee, die Bürger zu befragen. Dies seien seine Gedanken und nicht mit der Fraktion abgesprochen.

Oberbürgermeister Albers erinnert an die im Herbst abgehaltene Bürgerversammlung. Etwa 200 Bürger seien erschienen. Es habe ganz wenig Widerspruch gegeben.

Stadtrat Kurt Benda wendet ein, dass es bei der Bürgerversammlung noch um Kosten in Höhe von 13 Mio. € ging. Vieles sei nun dazugekommen.

Oberbürgermeister Albers stellt klar, dass es ihm als Mitglied des Gremiums Gemeinderat um das Ansehen dieses Gremiums gehe. Es seien zwar nur Minderheiten der Bevölkerung die Stadthalle, Sauna und Bad nutzten. Die Minderheiten zusammen machten jedoch einen großen Anteil der Bevölkerung aus. Der Stadtentwicklungsausschuss habe empfohlen, an der weiteren Planung festzuhalten.

Stadtrat Harald Würtenberger, Freie Wähler-Fraktion, äußert, dass er auf einen Foyer-Anbau und eine Sauna-Erweiterung verzichten könne, seine entsprechenden Anträge jedoch in der Ausschuss-Sitzung abgelehnt worden seien.

Oberbürgermeister Albers weist darauf hin, dass sich die Sauna durch die Eintrittspreise wirtschaftlich trage.

Nach weiterer Diskussion formuliert Oberbürgermeister Albers zwei Beschluss-Anträge der GRÜNE-Fraktion:

### **1. Beschluss (Antrag GRÜNE-Fraktion):**

Das Angebot der Kostenkontrollberechnung wird um den Vergleich zu Abriss und Neubau des Gebäudes ergänzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 2 Ja-Stimmen  
mehrheitlich abgelehnt

### **2. Beschluss (Antrag GRÜNE-Fraktion):**

Die Auftragsvergabe zur Durchführung des VOF-Verfahrens wird zurückgestellt bis das Ergebnis der Kostenkontrollberechnung vorliegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 2 Ja-Stimmen  
mehrheitlich abgelehnt

### **3. Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Empfehlungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses und dem beschriebenen Vorgehen der Verwaltung zu, die durch die Architektengruppe S4 vorgeschlagenen Einsparungsmöglichkeiten nicht weiterzuverfolgen. Weiterhin wird das Projektsteuerungsbüro Jost Consult Münster GmbH mit der Durchführung einer Kostenkontrollberechnung sowie mit der Durchführung des VOF-Verfahrens zur Generalsanierung der Stadthalle Waldshut / Hallenbad beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 4 Nein-Stimmen  
mehrheitlich zugestimmt

Die Sitzung wird von 20.30 Uhr bis 20.45 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Der Tagesordnungspunkt „Außenanlage Kindergarten St. Christophorus“ (TOP 10) wird vorgezogen. Es gibt keine Einwendungen hierzu.

## 72.

### **Außenanlage Kindergarten St. Christophorus**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Auf seine Nachfrage werden keine Einwände vorgebracht.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Sanierung des Außengeländes beim katholischen Kindergarten St. Christophorus im umschriebenen Umfang zu. Die Maßnahme soll in zwei Bauabschnitten durchgeführt werden. Es werden vertragsgemäß 80% der Baukosten übernommen, maximal jedoch 100.000 Euro. Der Zuschussbetrag wird in zwei Teilbeträgen in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 in den städtischen Haushalt eingestellt. Die Auszahlung erfolgt jeweils nach Prüfung der Unterlagen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

## 73.

### **Freibäder: weiteres Vorgehen**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Optionen seien, beide Bäder zu sanieren, eines der beiden Bäder oder auch keines. Wie in der Vorlage dargestellt, sei außerhalb des Gemeinderats eine Diskussion aufgekommen, inwieweit Bürger in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden könnten. Unter anderem habe es eine Facebook-Diskussion unter 20 bis 25 Leuten gegeben. Die Ansichten gingen weit auseinander. Jeder habe seine eigene Freibad-Idee, auch zum Thema beheiztes oder unbeheiztes Bad. Es stelle sich nun die Frage, ob Bürger in die Entscheidung eingebunden werden sollen.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser teilt mit, dass die GRÜNE-Fraktion eine Informationsveranstaltung für sinnvoll halte, eine Arbeitsgruppe nicht, da diese einen klaren Arbeitsauftrag bräuchte.

Stadtrat Gerhard Vollmer spricht sich für die SPD-Fraktion ebenfalls für eine Informationsveranstaltung aus. Eine Arbeitsgruppe könne zu einem späteren Zeitpunkt gebildet werden.

Stadtrat Harald Würtenberger äußert für die Freie Wähler-Fraktion den Wunsch, das Thema so neutral wie möglich anzugehen und eine Bürgerbefragung durchzuführen. Anschließend könne eine Projektgruppe gegründet werden.

Stadtrat Helmut Maier äußert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Kurt Benda gibt zu Bedenken, dass man mit solch einer Befragung auch Begehrlichkeiten wecke. Beispielsweise könne der Wunsch nach einem beheizten Bad wie in Lauchringen aufkommen. Das Defizit bei dem Bad in Lauchringen sei höher als bei allen drei Waldshut-Tiengener Bädern zusammen. Er halte beide Freibäder mit ihren schönen Anlagen für erhaltenswert.

Oberbürgermeister Albers hält als Ergebnis der Beratung fest, dass der Gemeinderat beabsichtigt, bei der Sanierung der Bäder keine Heizung einbauen zu lassen und formuliert den nachfolgenden Beschlussantrag.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt zu, bezüglich der Entscheidungsfindung zur Sanierung der Freibäder alle interessierten Bürger zu einer ersten Anhörung einzuladen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

**74.****Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Bergstadt II“, Waldshut:  
Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung im südwestlichen Teilbereich**

Bürgermeister Martin Gruner informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle mit der Maßgabe, anstatt der 3-geschossigen Bebauung auch 4-geschossige Bebauung zuzulassen.

Stadtrat Günter Heinrich äußert die Ansicht, dass an der unteren südlichen Ecke als markantes Zentrum ein 4- oder 5-stöckiges Haus gebaut werden sollte. Dies auch deshalb, weil Baugelände knapp sei.

Margit Ulrich antwortet, dass man sich mit dem Thema sehr umfassend befasst habe. Die erste Planung habe sogar ein 7-geschossiges Gebäude vorgesehen. Es sei sehr schwierig für ein Turmgebäude eine Nutzung zu finden. Man habe sich auf einen Kompromiss mit einer 3- oder 4-geschossigen Bebauung im zentralen Bereich geeinigt.

Nach weiterer Diskussion formuliert Oberbürgermeister Albers auf Antrag von Stadtrat Günter Heinrich den nachfolgenden Beschlussantrag.

**1. Beschluss (Antrag Heinrich):**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Planung im Bereich der unteren südlichen Ecke auf 5 Geschosse zu ändern.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 7 Ja-Stimmen  
mehrheitlich abgelehnt

**2. Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften des Bebauungsplans „Bergstadt II“, Stadtteil Waldshut im südwestlichen Teilbereich mit der Maßgabe, dass eine 3- bis 4-geschossige Bebauung vorgeschrieben wird.

Die Begründung, die Bebauungsvorschriften und der zeichnerische Teil der Änderung (jeweils Entwurf) sind Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 1 Nein-Stimme  
mehrheitlich zugestimmt

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

## 75.

### **Bebauungsplan „Nördlich der Bahn“, Tiengen: Aufstellungsbeschluss**

Bürgermeister Martin Gruner berichtet über das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss. Dieser habe in seiner vorangegangenen Sitzung einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat die Zustimmung zu empfehlen mit der Maßgabe, dass die Zuwegung zum zweiten Gleis durch den Bebauungsplan festgeschrieben wird.

Nach weiterer Erörterung

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes „Nördlich der Bahn“, Stadtteil Tiengen, nach § 2 Abs. 1 und § 13a BauGB. Der beigefügte Abgrenzungsplan ist Bestandteil des Beschlusses.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

## 76.

### **Neubau von drei Kunstrasenplätzen: Vergabe der Oberbauarbeiten und Ausstattung**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage.

Stadtrat Dieter Zauft fragt nach den Zuschüssen.

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass es im Falle des Langensteinstadions 104.000 € vom Land gebe. Für den Platz des VfB Waldshut seien 80.000 € und für den Platz des SV Eschbach 65.000 € in Aussicht gestellt. Der letztgenannte Betrag käme vom Badischen Sportbund.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser erkundigt sich bezüglich der im Vorentwurf erwähnten Eigenleistungen.

Herr Hilpert vom Planungsbüro Kaiser erläutert hierzu, dass in Eschbach die Eigenleistung des Vereins hauptsächlich an Zaun und Gebäude erbracht werde. In Tiengen seien es die Pflasterarbeiten, die der Verein selbst tätige.

Margit Ulrich weist darauf hin, dass die entsprechenden Beträge auf der Tischvorlage im Minus ausgewiesen seien.

Stadtrat Wolfgang Hörr, SPD-Fraktion, ergänzt, dass vom FC Tiengen außerdem 60.000 € in bar in zwei Raten an die Stadt überwiesen werden.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Aufträge zur Ausführung der Oberbauarbeiten und der Ausstattung zum Bau der 3 Kunstrasenplätze an den jeweils günstigsten Bieter zu vergeben:

Standort-Kunstrasenplatz: Bieter:

SV Eschbach	GOTEC e.K, Weil am Rhein
FC Tiengen	GOTEC e.K, Weil am Rhein
VfB Waldshut	GOTEC e.K, Weil am Rhein

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Tischvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

## 77.

### **Waldshuter Chilbi 2014:**

#### **Gestaltung Samstagabend – Bewilligung überplanmäßiger Mittel**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und begrüßt Frau Barbara Krull, Geschäftsführerin der Firma Timewalking.

Auf Nachfrage von Stadträtin Rita Mosel, CDU-Fraktion, was geplant sei, erklärt Frau Krull, dass es ein Programm geben werde, welches aus verschiedenen Darbietungen der Partnerstädte bestehe. Das Jubiläum der Städtepartnerschaft solle Themenschwerpunkt sein. Es solle sich alles auf hohem Niveau bewegen.

Stadtrat Albert Ebner, CDU-Fraktion, äußert seinen Unmut über die Größe der Veranstaltung. Er zieht den Vergleich zum Schwyzertag in Tiengen und gibt zu Bedenken, dass dort der Verein selbst den Bühnenaufbau mache.

Stadträtin Erika Walde, FDP-Fraktion, hätte auch eine Veranstaltung in kleinerem Rahmen in Ordnung gefunden und hält es in dieser Größe für übertrieben.

Stadträtin Sylvia Döbele regt an, Eintritt für die Samstagabend-Darbietung zu erheben, wie dies andernorts auch bei Freilichttheatern üblich sei. Sie meine auch, dass dies den Stellenwert der Veranstaltung hebe.

Die Stadträte Harald Würtenberger, Freie-Wähler-Fraktion und Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion kritisieren, dass der Antrag erst sehr spät komme, zu einem Zeitpunkt zu dem die Sache schon im Gange sei.

Die Stadträte Gerd Jacobshagen und Markus Ebi, beide CDU-Fraktion, betonen für die diesjährige Chilbi die Einmaligkeit des Städtepartnerschaftsjubiläums, vor dessen Hintergrund man die Investition als gerechtfertigt ansehen könne.

Oberbürgermeister Albers antwortet bezüglich der Einwendung von Stadtrat Albert Ebner, dass man die Waldshuter Kaiserstraße nicht mit dem Tiengener Kirchplatz vergleichen könne. Die Technik würde in der Kaiserstraße nicht funktionieren, die Distanzen seien größer. Er könne sich auch vorstellen, dass die Vereine unter sich, ohne Einbindung des Gemeinderats über die Austragung des Heimatfestes diskutieren könnten. Eine Diskussion darüber, wie es künftig mit der Chilbi weitergehe, werde man im Herbst führen

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat bewilligt überplanmäßig 30.000 € für die Gestaltung des Heimatabends der Chilbi 2014.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 1 Nein-Stimme  
mehrheitlich zugestimmt

## 78.

### **Baugebiet Bergstadt III:**

#### **Festsetzung des Kaufpreises**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, schlägt einen einheitlichen Grundstückskaufpreis von 150,00 €/m<sup>2</sup> für Einfamilienhausgrundstücke sowie für Doppelhausgrundstücke vor. Er begründet dies damit, dass es gerade Familien mit geringerem Vermögen seien, die

sich für den Bau einer Doppelhaushälfte anstatt eines freistehenden Einfamilienhauses entschieden.

Oberbürgermeister Albers entgegnet, dass die meisten Doppelhäuser von Investoren gebaut würden und man sich gerade deshalb hier für einen etwas höheren Preis entschieden habe. Man habe bisher gute Erfahrungen damit gemacht.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser plädiert für einen um jeweils 10,00 € höheren Kaufpreis. Man läge dann preislich knapp über der Gemeinde Lauchringen und immer noch unter der Gemeinde Albrück.

Markus Böhler vom städtischen Liegenschaftsamt berichtet, dass auf der Immobilienmesse mehrfach von interessierten Familien mit Kindern die Befürchtung geäußert worden sei, dass die Preise im Baugebiet Bergstadt III zu hoch angesetzt werden könnten.

Oberbürgermeister Albers ergänzt weiter, dass es sich um ein Familienförderprogramm der Stadt handele, zu dem er stehe.

Stadträtin Sylvia Döbele gibt zu Bedenken, dass in der Bergstadt jegliche Infrastruktur fehle, was man berücksichtigen müsse, wenn man mit Lauchringen vergleichen wolle.

Oberbürgermeister Albers formuliert auf Antrag von Stadtrat Paul Albiez-Kaiser den nachfolgenden Beschlussantrag:

#### **1. Beschluss (Antrag Albiez-Kaiser):**

Die im Beschlussantrag der Verwaltung vorgeschlagenen Kaufpreise werden um jeweils 10,00 € erhöht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 5 Ja-Stimmen  
mehrheitlich abgelehnt

Anschließend beschließt der Gemeinderat über den Antrag der Verwaltung:

#### **2. Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, den Grundstückskaufpreis für das freistehende Einfamilienhaus im neuen Baugebiet „Bergstadt III“ grundsätzlich auf 145,00 €/m<sup>2</sup> festzulegen.

Der Gemeinderat beschließt ferner, den Grundstückskaufpreis für Doppelhaushälften im neuen Baugebiet „Bergstadt III“ grundsätzlich auf 155,00 €/m<sup>2</sup> festzulegen.

Der Gemeinderat beschließt weiter, dass für die Ansiedlung von Familien mit Kindern ein Familienrabatt wie in der Vorlage beschrieben gewährt wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 2 Nein-Stimmen  
mehrheitlich zugestimmt

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

## 79.

### **Zusätzliche Kindertagesstätte im Baugebiet Bergstadt: Standort**

Oberbürgermeister Albers nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und zeigt anhand einer Präsentation die fünf für die Errichtung der neuen Kindertagesstätte geprüften Standorte. Ebenso erklärt er, warum man sich für den gewählten Standort entschieden habe.

Stadtrat Eugen Schupp, CDU-Fraktion, fragt nach den Ausgleichsflächen für die ausgewählte, bisher bewaldete Fläche.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass dies in der momentanen, frühen Phase noch nicht geklärt sei, sicherlich jedoch eine Ausgleichsfläche nötig sein werde.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Harald Würtenberger bezüglich einer in Frage kommenden Modularbauweise antwortet Oberbürgermeister Albers, dass man sich auf jeden Fall mit dem Thema beschäftige.

Stadträtin Sylvia Döbele berichtet, dass in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses angeregt worden sei, den Kindergarten Schmittenau aufzustocken.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass dies bereits geprüft worden sei. Eine Aufstockung des Gebäudes sei nicht möglich, das Grundstück für eine Erweiterung zu klein.

Oberbürgermeister Albers erläutert ferner, dass wegen des Nachfragedrucks sogar eine Containerlösung für den Kindergarten St. Johannes in Betracht gezogen werde.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt zu, dass auf einem Teilbereich des städtischen Flurstücks Nr. 1100 eine mehrgruppige Einrichtung für Kinder zwischen 1 Jahr und Schuleintritt gebaut werden soll. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung eine Konzeption über die Art der Ausschreibung und Planung zu erarbeiten.

Die erforderlichen Mittel sollen in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 bereitgestellt werden.

Die Verwaltung wird ebenfalls bis zur nächsten Sitzung prüfen, ob zur Überbrückung des Platzbedarfs eine temporäre Containerlösung beim Kindergarten St. Johannes technisch und wirtschaftlich machbar ist.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## 80.

### **Schulsozialarbeit an der Robert-Schuman-Realschule Waldshut**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, erkundigt sich, ob es nicht möglich sei, die Stelle schon früher auszuschreiben.

Der Leiter des Kinder- und Jugendreferats Karl-Heinz Behr antwortet hierauf, dass man an die Antragsfrist für den Zuschuss des Landes gebunden sei.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, für die Robert-Schuman-Realschule, Waldshut, zum Schuljahr 2014/2015 eine Vollzeitstelle für die Schulsozialarbeit einzurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

**81.**

**Tempo 30 km/h in Gurtweiler Straße:**

**Antwort aus Verkehrsministerium auf Brief an Abgeordnete**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage und fügt an, dass dem Gemeinderat nur die Kenntnisnahme bliebe.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser erkundigt sich, ob es möglich sei, anstatt Tempo 30 wenigstens Tempo 40 anzuordnen.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierauf, dass die Antwort für Tempo 30 vorliege, er jedoch für eine Anfrage bezüglich Tempo 40 mit keiner anderen Antwort der entscheidenden Stelle rechne.

Oberbürgermeister Albers stellt fest, dass der Gemeinderat den Sachverhalt und die Antwort des Verkehrsministeriums zur Kenntnis nimmt.

**82.**

**Baubetriebshof:**

**Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für ein Streusalzsilos**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und veranschaulicht anhand von Fotos der vorhandenen alten Silos das Erfordernis der Anschaffung. Auf seine Nachfrage werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der außerplanmäßigen Bereitstellung von insgesamt 200.000 € im Vermögenshaushalt zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

**83.**

**Spenden**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage. Er stellt keine Wortmeldungen und keine Einwendungen fest.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat genehmigt die in der beigefügten Sitzungsvorlage dargestellte Spendenvermittlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

**84.**

### **Bekanntgaben**

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

**85.**

### **Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

**86.**

### **Fragestunde**

#### **Brückengeländer und Geschwindigkeitsbeschränkung in Gurtweiler Straße**

Ein Bürger aus der Gurtweiler Straße bringt vor, dass das Geländer an der Brücke Brückenstraße in der Einmündung zur B 34 eine spitze Ecke habe und für lange Busse eine Engstelle bilde, an der sie nur schwer vorbei kämen, möglicherweise sogar beschädigt werden könnten.

Des Weiteren spricht er die in der Freiburger Innenstadt zur Nachtzeit vorgeschriebene Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h an und fragt im Hinblick auf die Gurtweiler Straße, warum dies nicht auch in Waldshut-Tiengen möglich sei.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass die Stadt Freiburg die Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 auch nicht ohne Weiteres anordnen können. Das Regierungspräsidium hatte ein Gutachten verlangt, dass sich der Lärm durch die Tempobeschränkung um 3 Dezibel reduziert. Er befürchte nur, dass in der Gurtweiler Straße die Verkehrsmenge zu gering sei, um ein Gutachten zu bekommen.

#### **Gurtweiler Straße, Verkehrsberuhigung**

Ein Bürger äußert die Idee, in der Gurtweiler Straße zwecks Verkehrsberuhigung Bodenhügel wie in der Mozartstraße anzubringen.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass das Straßenverkehrsamt zusammen mit Herrn Mutter von der Polizei diese Angelegenheiten bearbeite, er aber meine, dass derartige Maßnahmen nur in Wohnstraßen zulässig seien.

Stadtrat Harald Langfeld, FDP-Fraktion, fügt an, dass die sogenannten Berliner Kissen nur in Zone 30 erlaubt seien.